

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Klasse:
Riesa Nr. 22.

Nr. 135.

Freitag, 13. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Rundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuths-Str. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Vor wichtigen Entscheidungen.

In politischen Kreisen sieht man den heutigen Verhandlungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage naturgemäß mit großem Interesse entgegen. Es handelt sich dabei einmal um die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden der Industrie und den Gewerkschaften über die Preis- und Lohnsenkungsaktion, zum anderen um die Beratungen des Kabinetts, das am Nachmittag 4 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach der Pfingstpause zusammentritt. Welches steht in einem gewissen inneren Zusammenhang, der sich schon durch die Milderung ergibt, die eine Senkung des Preisniveaus auf die sozialen Auswirkungen des Notopfers haben könnte. Die Preisentzugsaktion wird in unterrichteten Kreisen allerdings mehr als eine Angelegenheit auf lange Sicht beurteilt, selbst für den Fall, daß die Verbände bereits heute abend zu einer festen Vereinbarung gelangen sollten.

An der Sitzung des Reichskabinetts wird übrigens auch Reichsbankepräsident Dr. Luther teilnehmen, um die Reichsregierung über seine Eindrücke bei den Pariser Verhandlungen zu unterrichten und sie darüber hinaus wohl auch in ihren Finanzmaßnahmen zu beraten. Die Sitzung soll sich bekanntlich auch mit dem Ausgabenentzugsgesetz beschäftigen. Es ist aber anzunehmen, daß das Kabinett vorher über die Begründung zu den Defizitvorlagen des Reichsfinanzministers Beschluß fassen wird, damit die Gesetzentwürfe dem Reichsrat dann unverzüglich zugeleitet werden können.

In politischen Kreisen verläutet, daß Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer bereits vor der Kabinettsitzung mit dem Kanzler eine Aussprache über die Situation haben wird, die sich aus der Entwicklung der letzten Tage, namentlich aus dem Widerstand der Öffentlichkeit gegen das Notopfer ergeben hat. Man bezweifelt kaum, daß Kanzler und Kabinett sich mit Entschiedenheit wider den Finanzminister stellen werden. Wieweit der Plan des Notopfers noch modifiziert wird, ist dabei eine andere Frage. Nach der Vorlage des Reichsfinanzministeriums ist eine Staffellung nicht vorgesehen. Die vierprozentige Abgabe erliefte sich übrigens nicht nur auf das steuerpflichtige, sondern auf das Bruttoeinkommen.

Im Reichsfinanzministerium ist man der Ansicht, daß die Verabschiedung der Deckungsvorlagen durch den Reichstag spätestens in den ersten Julitagen erfolgen muß. Die größten parlamentarischen Schwierigkeiten erwartet man keinesfalls von der einprozentigen Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, da hierfür ein gewisser Ausgleich geschaffen wird durch die Reform der Krankenversicherung; die Vorlage für diese Reform wird dem Kabinett ebenfalls bereits heute vorliegen. Mit größter Spannung sieht man der parlamentarischen Entwicklung im Hinblick auf das Notopfer entgegen, zumal die Frage einer parlamentarischen Mehrheit dafür im Augenblick noch ungeklärt ist.

Molkenhauers gefährdete Stellung.

Obwohl die Gerüchte über das bevorstehende Ausscheiden des Reichsfinanzministers Dr. Molkenhauer aus seinem Amte als „kurze“ unbedeutend erklärt wurden, kann man doch von einer Erschütterung der Stellung des Reichsfinanzministers sprechen. Allerdings ist es noch nicht gewiß, ob es jetzt zu einem Wechsel kommen wird, für den der Name des Reichswirtschaftsministers Dietrich-Baden bereits genannt wird. Denn durch eine solche personelle Umgruppierung würden sehr weitreichende koalitionspolitische Fragen aufgeworfen werden. Am auffälligsten ist die Tatsache, daß die Molkenhauersche Finanzpolitik und besonders das neue Steuerprogramm in der volksparteilichen Provinzpresse außerordentlich stark kritisiert wird. Man verweist darauf, daß das neue Steuerprogramm mit allen Ueberlieferungen volksparteilicher Finanzpolitik breche und von der Deutschen Volkspartei nicht getragen werden könne. Die Kritik richtet sich dabei hauptsächlich gegen den Plan des Notopfers und gegen die Sanierungsversuche bei der Arbeitslosenversicherung.

Inzwischen ist es schon zweifelhaft geworden, ob das gegenwärtige Regierungsprogramm, ganz abgesehen von den parlamentarischen Schwierigkeiten, sachlich ausreicht, um die großen Löcher zu stopfen. Denn die Entwicklung des Arbeitsmarktes hat sich überaus unbedeutend gestaltet. Wenn der Versuch gemacht wird, die Arbeitslosenversicherung finanziell auf einen Status von 1,6 Millionen als Durchschnittszahl der Arbeitslosen ins Gleichgewicht zu bringen, so liegt die Ermögung auf der Hand, daß diese Zahl in diesem Jahr ganz erheblich überschritten werden dürfte, daß also das Reichsfinanzministerium im Herbst doch noch mit neuen Nachforderungen in Höhe von mehreren Hundert Millionen Mark kommen müßte. Unter diesen Umständen wird im Reichstage erwogen, möglicherweise angesichts der bestehenden parlamentarischen Schwierigkeiten die ganze Finanzplanung bis zum Herbst zu vertagen,

wobei allerdings die weitere Frage entsteht, ob nicht dann inwieweit wieder beim Reich neue Kassennotwendigkeiten entstehen würden. Jedenfalls befindet sich die Regierung Dränung gegenwärtig in einer nicht sehr angenehmen Lage, und im Vordergrund des politischen Interesses steht die Frage, ob der Finanzminister im Stande ist, sich eine Mehrheit für sein Programm zu besorgen — oder für ein anderes, denn es ist bereits durchgedacht, daß die Reichsregierung auf diesem Finanzprogramm nicht in allen Punkten starr bestehen bleiben will.

Der Kanzler mit dem Reichsfinanzminister solidarisch.

Berlin. (Funkpruch.) Reichskanzler Brüning ist, wie wir erfahren, heute vormittag von seinem Pfingsturlaub wieder in Berlin eingetroffen. Er hatte auch bereits den Besuch des Reichsfinanzministers Molkenhauer empfangen, der ihm, wie wir anknüpfen, über die Entwicklung der letzten Tage und namentlich über die Widerstände Bericht erstattet hat, die sich in der Öffentlichkeit gegen das Notopfer geltend machen. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Minister Molkenhauer bei diesem Besuch die Vertrauensfrage gestellt und der Kanzler hat geantwortet, daß er vollständig mit ihm übereinstimme. Diese Solidaritätserklärung hat man in politischen Kreisen erwartet und man nimmt auch an, daß das Kabinett sich heute nachmittags ebenso hinter den Reichsfinanzminister stellen wird.

Die Wirtschaftspartei gegen die Sonderbelastung der Angestelltenenschaft.

Berlin. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstage folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: „Die Reichsregierung soll nach unwidersprochenen Nachrichten zu Lasten der sogenannten Festangestellten eine Sondersteuer in Höhe von 4% des Einkommens planen. Wenn diese Steuer auf die Angestellten ausgedehnt wird, so würde diese Belastung Bevölkerungskreise treffen, die schon heute kaum in der Lage sind, die für Alter, Krankheit und Invalidität erforderlichen Rücklagen zu machen und deshalb wirtschaftlich erheblich schlechtergestellt sind als die durch Pension für Alter, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit gesicherten Beamten. Ist die Reichsregierung bereit, bei Ausarbeitung des diesbezüglichen Gesetzentwurfes diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen und die in Aussicht genommene Belastung der Angestelltenchaft ganz fallen zu lassen, bzw. lediglich auf diejenigen „Festangestellten“ zu begrenzen, bei denen, ihrem Vertragsverhältnis, ihrer Stellung und ihrem Einkommen nach eine unmittelbare Notlage durch eventuelle Kündigung nicht eintreten kann?“

Amerikanische Kredite für Deutschland?

Berlin. Wie erinnert, sind vor einiger Zeit in Verbindung mit den Deckungsvorlagen der Regierung in der Presse Andeutungen über große Anleihen gemacht worden, an denen auch das Ausland beteiligt sein soll. Die „Wolff. Stg.“ glaubt in der Lage zu sein, über Verhandlungen, die angeblich bereits seit Monaten über die Aufnahme von Auslandskrediten geführt werden, einige konkrete Angaben zu machen. Danach handelt es sich zunächst um einen Kredit von 80 bis 100 Millionen Mark, den die amerikanische Unter-Gesellschaft der Londoner Schroeder-Gruppe, in J. Henry Schroeder Banking Corporation in New York langfristige zur Verfügung stellen will. Dieser Kredit ist aber, dem genannten Blatt zufolge, nur der Teil eines weit umfangreicheren Projekts. Es soll die Gründung einer eigenen Finanzierungsgesellschaft geplant sein, deren Aufgabe darin bestehen würde, in den nächsten drei Jahren Anleihen für produktive Bauwerke für Meliorationen, für die Errichtung von Kolkperren und ähnliche Anlagen aufzunehmen. Die Anleihen sollen in erster Linie in Amerika platziert werden. Die neue Finanzierungsgesellschaft wird, wie das Blatt weiter mitteilt, mit einem Aktienkapital von 150 Millionen Mark ausgestattet werden und ferner mit 150 Millionen offenen Reserven und 100 Millionen stillen Reserven arbeiten. Als finanzielle Grundlage sollen die Forderungen des Reiches an die öffentlichen Körperschaften dienen. Diese Forderungen betragen im ganzen etwa 400 Millionen Mark und sollen vom Reich an die Reichskreditgesellschaft übertragen werden, die sie als Treuhänder zu verwalten hätte. Die Verwaltung der neuen Finanzierungsgesellschaft soll in die Hände der vom Reich mit kontrollierten Deutschen Bau- und Bodenkreditbank gelegt werden.

Vor der Gründung einer neuen Finanzierungsgesellschaft.

Berlin. Der „Berliner Börsen-Courier“ behauptet die auch von der „Frankf. Zeitung“ erwähnten Pläne zur Gründung einer neuen Finanzierungsgesellschaft des Reiches. Die Forderungen des Reiches an öffentliche Körperschaften sollen in die neue Gesellschaft eingebracht werden, wobei die Reichskredit-Gesellschaft als Treuhänder dienen soll, während die Deutsche Bau- und Bodenkredit die Gelder verwalten wird. Die neue Gesellschaft wird 150 Millionen Mark Kapital, ebensoviel offene Reserven und 100 Millionen Mark stille Reserven haben. Die Finanzierungsgesellschaft soll drei ausländische Anleihen in Höhe von je 15 bis 20 Millionen Dollar in einem Zeitraum von drei Jahren durch Vermittlung des Bankhauses Schröder-London-Newyork aufnehmen.

Auch die Rentner sollen „Notopfer“ zahlen.

Berlin. Die von ausländischer Seite mitgeteilte wird, umfaßt das in den Deckungsvorlägen des Reichsfinanzministers enthaltene „Notopfer“ auch die Rentenbezieher und Pensioner. Das Notopfer knüpft sich auf Artikel 38 des Wehrdienstgesetzes, das bekanntlich auch diese beiden Gruppen enthält.

Die christlichen Gewerkschaften zur Lage.

Düsseldorf. Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hielt hier am 11. und 12. Juni eine von Vertretern aller Verbände besuchte Tagung ab, auf der insbesondere die gegenwärtige Wirtschaftslage Gegenstand der Erörterungen war. Auf der Tagung kam zum Ausdruck, daß die christlichen Gewerkschaften die Bemühungen unterstützen, durch gemeinsame Arbeit der Arbeitgeber und der Gewerkschaften die schwierige Gesamtlage überwinden zu helfen. Gegen die Auffassung, daß der Abbau der Löhne das Mittel sei, um die Arbeitslosigkeit zu beheben, mühten sich die christlichen Gewerkschaften nachdrücklich zu wenden. Sie seien jedoch bereit, an einer Senkung der Produktionskosten der Wirtschaft mitzuarbeiten, vor allem in der Richtung einer Senkung der durch den überhöhten staatlichen Verwaltungsapparat bedingten öffentlichen Lasten und einer wesentlichen Herabsetzung der Preise. Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften brachte ferner zum Ausdruck, daß der derzeitigen großen Arbeitslosigkeit und Not weiter Volksschichten nur mit außerordentlichen Maßnahmen begegnet werden könne. Insbesondere müßte die Arbeitslosenversicherung durch besondere gesetzliche Maßnahmen leistungsfähiger erhalten bleiben. Mit Bedauern mühten die christlichen Gewerkschaften den Mangel an wirklicher Gemeinschaftsgesinnung in weiten Kreisen unseres Volkes feststellen, der insbesondere auch in dem Widerstand gegen das von der Regierung angeforderte Notopfer zum Ausdruck komme. Angesichts der Not von Millionen deutscher Volksgenossen sollte die Leistung eines Notopfers von allen in gesicherter Stellung befindlichen eine Selbstverständlichkeit sein.

Der Vorstand beschloß, daß die Angestellten der christlichen Gewerkschaften neben den gewerkschaftlichen Sonderbeiträgen und über ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung hinaus ein weiteres Notopfer bringen, um die Mittel der Arbeitslosenfürsorge ihrer Verbände zu häufen.

Die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau

Genf, 13. Juni.

Der Ausschuß der Internationalen Arbeitskonferenz, der die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau zu behandeln hat, trat gestern zu seiner ersten Sitzung zusammen. Als Vorsitzender der Kommission wurde der frühere deutsche Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gewählt; die deutsche Reichsregierung ist durch Ministerialdirektor Cihler vertreten. An den Kommissionsberatungen nahmen etwa 100 Delegierte und Sachverständige teil.

Für die Regelung der Arbeitszeit hat das Internationale Arbeitsamt der Konferenz als Verhandlungsgrundlage einen Vorentwurf unterbreitet, der in allen Kohlenbergwerken eine Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden oder 45 Stunden wöchentlich bzw. für eine Uebergangszeit eine Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden täglich oder 45 1/2 Stunden wöchentlich vorsieht. Die Ausprache wurde fast vollständig ausgefüllt von einer Auseinandersetzung zwischen dem Vertreter der englischen Grubenbesitzer Lee und dem englischen Gewerkschaftsführer Cool.